



NEUES aus BERLIN

MDB TINO CHRUPALLA IM DEUTSCHEN BUNDESTAG FÜR DEN LANDKREIS GÖRLITZ



Das deutsche Handwerk

Warum das Handwerk einen festen Platz in der Wirtschaftspolitik der AfD einnehmen muss

Seite 3

Siemens, Bombardier & Co.

Kaum ein Thema beschäftigt die Region so sehr wie die Sorge um die Arbeitsplätze

Seite 6

„Schlesisch“ unerwünscht?

Unsere Region sollte auf keinen Fall umbenannt werden

Seite 10

Vorwort

Am 24.9.2017 wurde ich in den Deutschen Bundestag gewählt, um die Interessen der niederschlesischen Oberlausitz im Parlament zu vertreten. Die Wahlergebnisse zeigten sehr deutlich, dass die Bürgerinnen und Bürger in unserer Region mit der bisherigen Bundesregierung nicht mehr zufrieden sind. Für das Vertrauen bedanke ich mich noch einmal sehr.

Jetzt gilt es, die Dinge zum Besseren zu wenden. Dazu muss die AfD als neue Oppositionspartei im Bundestag erst aufgebaut werden und sich in die Verwaltungsmaschinerie einer gigantischen Behörde einarbeiten.

Union und SPD haben sich auf die GroKo geeinigt. Welche GroKo eigentlich? Die potentielle Regierung repräsentiert nach aktuellen Umfragen nicht einmal die Hälfte des deutschen Volkes.

Immerhin stehen jetzt die Ausschüsse. Ich freue mich darauf, als stellvertretender Sprecher im Ausschuss für Wirtschaft und Energie für die AfD die Interessen des (ost-)deutschen Mittelstands und des Handwerks zu vertreten. In den Auswärtigen Ausschuss wurde ich als stellvertretendes Mitglied gewählt. Meine Kollegen und ich werden darauf hinarbeiten, dass die Regierung auch außenpolitisch wieder verstärkt deutsche Interessen wahrnimmt. Und als stellvertretender Fraktionsvorsitzender werde ich weiterhin dafür sorgen, dass unsere Interessen als Sachsen im Vorstand der AfD Bundestagsfraktion Gehör finden.

In den ersten Monaten wurden wichtige Weichen gestellt. Trotz widriger Arbeitsumstände in personell restlos überbelegten Büros konnten wir schon

erste Erfolge erzielen. Allein das disziplinierte, formbewusste Auftreten der AfD im Plenum löst bei den Altparteien Unbehagen aus, ebenso wie die Erwähnung des Wortes „schlesisch“ bei meiner ersten Rede im Bundestag. Übrigens: die AfD steht mitnichten für die Auflösung der schlesischen Identität (mehr zum Thema auf S. 10).

Es konnten viele andere Initiativen angestoßen werden, von denen Sie vielleicht gar nichts mitbekommen haben, weil die Presse kaum darüber berichtete. Um diese Lücke zu füllen möchte ich Sie auf diesem Weg in Zukunft regelmäßig über meine bzw. unsere Aktivitäten im Bundestag informieren.

Ihr *Tino Chrupalla*



Das deutsche Handwerk als Wirtschaftsfaktor



Am 31. Januar 2018 wurde der Jahreswirtschaftsbericht 2018 der Bundesregierung veröffentlicht. Darin zeigte sich sehr deutlich, wo die Regierung ihre Prioritäten setzt. Das Handwerk gehört nicht dazu: Zu unserem Entsetzen kam in dem 80 Seiten starken Bericht das Wort „Handwerk“ kein einziges Mal vor. Auf meine Frage, mit welchen Maßnahmen die Bundesregierung wieder junge Leute für Handwerksberufe gewinnen will, antwortete die geschäftsführende Wirtschaftsministerin Brigitte Zypries bei der Regierungsbefragung am 31.1.2018: „Wir haben 100 Vorbildunternehmerinnen, die in Schulen gehen und dort erzählen, wie wichtig es ist, tatsächlich mit den Händen zu arbeiten.“

Das klingt toll - aber der Schein trügt. Bei näherem Hinsehen stellt man fest, dass keine von diesen 100 Unternehmerinnen Handwerkerin ist. Bei dem Projekt geht es eher darum, junge Mädchen fürs Unternehmertum zu interessieren.

Eines muss man den Altparteien lassen: Sie kennen alle rhetorischen Mittel, um Missstände schönzufärben und das Volk für dumm zu verkaufen. Die Sache hat nur einen Haken: Wir durchschauen das Spiel.

Meine vier Punkte zur Frage, weshalb das Handwerk einen festen Platz in der deutschen Wirtschaftspolitik einnehmen muss:

1. Das deutsche Handwerkswesen ist weltweit einzigartig. Tradiertes Fachwissen und eine strenge Ausbildung („Meisterbrief“, duale Ausbildung) waren stets die Grundlage für deutsche Markenqualität,

von der Schwertschmiedekunst über die Baukunst und die Buchdruckerei bis zur Feinmechanik. Handwerker genossen zu allen Zeiten in Deutschland hohes Ansehen, ihre Arbeit wurde auch von anderen Ständen gewürdigt. Auch im Ausland kannte man den Wert des deutschen Handwerkswesens: wenn es einer Region in Osteuropa schlecht ging, wurden häufig deutsche Bauern und Handwerker angesiedelt, um die Wirtschaft wieder in Gang zu bringen.

2. In anderen europäischen Ländern, z.B. England, wurden diese Traditionen schon früh abgeschafft, was zur Schwächung der einheimischen Wirtschaft und ihrer schöpferischen Kräfte führte. Anglo-Amerika mag andere Wirtschaftszweige hervorgebracht haben, aber im Handwerk können sie mit Deutschland nicht konkurrieren. „Made in Germany“ - ursprünglich von England ersonnen um Deutschland wirtschaftlich zu schaden - ist heute Garant für hohe Qualitätsstandards. Deutsche Wertarbeit und Handwerk sind nicht voneinander zu trennen.

3. Deutschland muss sich auf seine Wurzeln und eigentlichen Stärken besinnen, und die AfD muss diesen Bewusstwerdungsprozeß unterstützen. Ist es für Deutschland sinnvoll, Silicon Valley zu imitieren und sich von internationalen „Megatrends“ abhängig zu machen, oder sollte Deutschland gezielt auf traditionell verankerte Stärken setzen und diese ausbauen bzw. reaktivieren, gerade im ländlichen Raum? Die gründliche Klärung dieser Frage werde



ich im Arbeitskreis Wirtschaft anregen.

4. Wenn Deutschland den von Europa vorgeschriebenen Weg weitergeht, wird das deutsche Handwerkswesen großen Schaden nehmen: wenn hohe Qualitätsstandards aufgegeben werden, dann werden auch wertvolle Wissenstraditionen verloren gehen. Deutsche Produktivität und Wirtschaftskraft werden dadurch nachhaltig geschwächt. Das von der EU vorgeschriebene Regelwerk zur sog. Qualitätssicherung ist Augenwischerei. Es geht dabei nicht um Qualität, sondern darum, die deutsche Wirtschaftskraft zu lähmen, und Unternehmen in Nachbarländern einen Wettbewerbsvorteil zu verschaffen. Das ist keine Verschwörungstheorie, sondern eine gängige Praxis, die aber den wenigsten Deutschen bekannt ist. Sie mag im wirtschaftlichen Interesse unserer Nachbarländer sein, aber sie ist nicht in deutschem Interesse. Die AfD muss diesen Prozess aufhalten.

Diese vier Eckpunkte habe ich dem Arbeitskreis Wirtschaft vorgelegt, um sicher zu stellen, dass dem Handwerk als Wirtschaftsfaktor ein fester Platz in der Politik der AfD zukommt, und dass es bei allem Sinnieren um Strukturwandel, Klimaschutz und Digitalisierung nicht am Ende wegrationalisiert wird – oder dass es sich so stark „wandelt“, dass es den Namen „Handwerk“ letztlich nicht mehr verdient. Noch besser auf den Punkt bringt es natürlich wie immer Hans Sachs:

**„Ehre, Deutsches Volk, und hüte
getreulich deinen Handwerksstand.
Als das Deutsche Handwerk blühte,
blühte auch das Deutsche Land.“**

Diesen Vers hatte ich vor einem Jahr in meiner Bewerbungsrede für den Listenplatz zitiert - und es wird auch weiterhin mein Leitsatz bleiben.

Antrag der AfD „Handwerkerwiderruf“

Die AfD-Fraktion hat einen Antrag auf „Prüfung und Überarbeitung des Gesetzes zur Umsetzung der Verbraucherrechterichtlinie und zur Änderung des Gesetzes zur Regelung der Wohnungsvermittlung“ in den Bundestag eingebracht. Es geht darin um Widerrufregelungen gegenüber Berufsgruppen, bei denen Leistungserbringung und Auftragsanpassungen zweckmäßigerweise gewöhnlich beim Kunden und daher außerhalb der Geschäftsräume erfolgen. Der Antrag wurde am 23.02.2018 im Plenum diskutiert und wird anschließend zur weiteren Bearbeitung in die Fachausschüsse unter Federführung des Ausschusses für Recht und Verbraucherschutz überwiesen.

Hintergrund ist die im Jahr 2014 erfolgte Umsetzung der oben genannten EU-Richtlinie in nationales Recht. Danach erhalten Verbraucher in der Regel für alle außerhalb der Geschäftsräume des Unternehmers geschlossenen Verträge ein 14-tägiges Widerrufsrecht, ohne dafür Gründe angeben zu müssen. Der Unternehmer hat bei Vertragsabschluss über das Widerrufsrecht zu belehren, andernfalls verlängert sich die Widerrufsfrist auf 12 Monate. Von dieser Regelung sind auch Handwerkerbetriebe betroffen, die ihre Leistung üblicherweise außerhalb ihrer Geschäftsräume direkt beim Kunden erbringen. Ihre Tätigkeit wird den Gefahren klassischer „Haustürgeschäfte“ gleichgesetzt.



So erfordern z.B. Leistungsanpassungen auf Wunsch des Kunden vor Ort ein absurdes Ausmaß an bürokratischem Aufwand für den Handwerker, allerdings ohne nennenswerten Vorteil für den Verbraucher. Angenommen der Kunde hat einen gültigen Vertrag mit allen erforderlichen

Belehrungen, auch über sein Widerrufsrecht. Nach Beginn der Handwerksarbeiten entscheidet sich der Kunde vor Ort für die Installation einer weiteren Steckdose samt neuer Leitung. Zweckmäßigerweise möchte er die Leistungserfüllung noch vor Ablauf der gesetzlichen Widerrufsfrist von 14 Tagen. Jetzt muss der Unternehmer bzw. der Mitarbeiter vor Ort ausdrücklich darauf hinweisen, dass der Widerruf nun nicht mehr bzgl. dieser Dienstleistung erfolgen kann, der Kunde also Wertersatz für die getätigte Leistung des Handwerkers erbringen muss. Diese Belehrung muss der Verbraucher nun wiederum schriftlich bestätigen. Andernfalls verlängert sich die Widerrufsfrist auf bis zu ein Jahr und der Anspruch des Unternehmers auf Wertersatz der Leistung erlischt. Dies gilt jedoch nur für die Leistung, nicht für die Ware (im Beispielsfall Steckdose und Kabel), die unter Umständen wieder auszubauen ist. Hieran wird deutlich, warum die derzeitige gesetzliche Widerrufsregelung für einige Berufsgruppen eine bürokratische, rechtliche und kaufmännische Zumutung im Tagesgeschäft ohne nennenswerte Vorteile im Sinne des Verbraucherschutzes ist.

Es soll jedoch betont werden, dass keine grundsätzlichen Bedenken zur Notwendigkeit, Zweckdienlichkeit und Umsetzung der Richtlinie für die Stärkung des Verbraucherschutzes bestehen, sondern auf eine unverhältnismäßige bürokratische Überlastung bestimmter Berufsgruppen und Tätigkeiten aufmerksam gemacht werden soll.

(Der vollständige Antrag ist auf der Internetseite des Deutschen Bundestages als Drucksache 19/828 zu finden)

Sächsische Handwerkskammer übernimmt zu 100 Prozent AfD-Forderungen

Im Rahmen einer Pressekonferenz der sächsischen Handwerkskammer stellte Roland Ermer (CDU), Präsident des Sächsischen Handwerkstages, im Oktober 2017 Forderungen an die mögliche Jamaika-Bundestags-Koalition. Ermer beklagte dabei, dass das Handwerk in Deutschland vielfach belastet werden würde und nannte konkrete Forderungen, die die AfD-Fraktion zuvor in ihren Fraktionsanträgen thematisiert hatte, was jedoch von der CDU-geführten Regierung stets abgelehnt worden war. Dazu gehören z.B. „Ächtung des Diesels legt

die Betriebsfahrzeuge der Handwerker lahm“ (AfD-Antrag Drs. 6/10516; die Abschaffung des Meistertitels, wodurch wertvolles Wissen verloren gehe, siehe hierzu den Antrag „Der Meistertitel muss wieder gestärkt und finanziell gefördert werden (Meisterbonus)“ (AfD-Antrag Drs. 6/6607; die fehlgeleitete Energiewende ist maßlos überzogen und treibt die Strompreise in astronomische Höhen (AfD-Antrag Drs. 6/10715); der Breitbandausbau muss endlich erfolgen, sonst können auch Handwerker nicht arbeiten“ (AfD-Antrag Drs. 6/9302) und die Forderung „Leistung muss sich wieder lohnen, Entlastung der Einkommenssteuer, mehr Netto vom Brutto“, eine Grundforderung der AfD, siehe unser Grundsatzprogramm.

Meisterfeier in Dresden

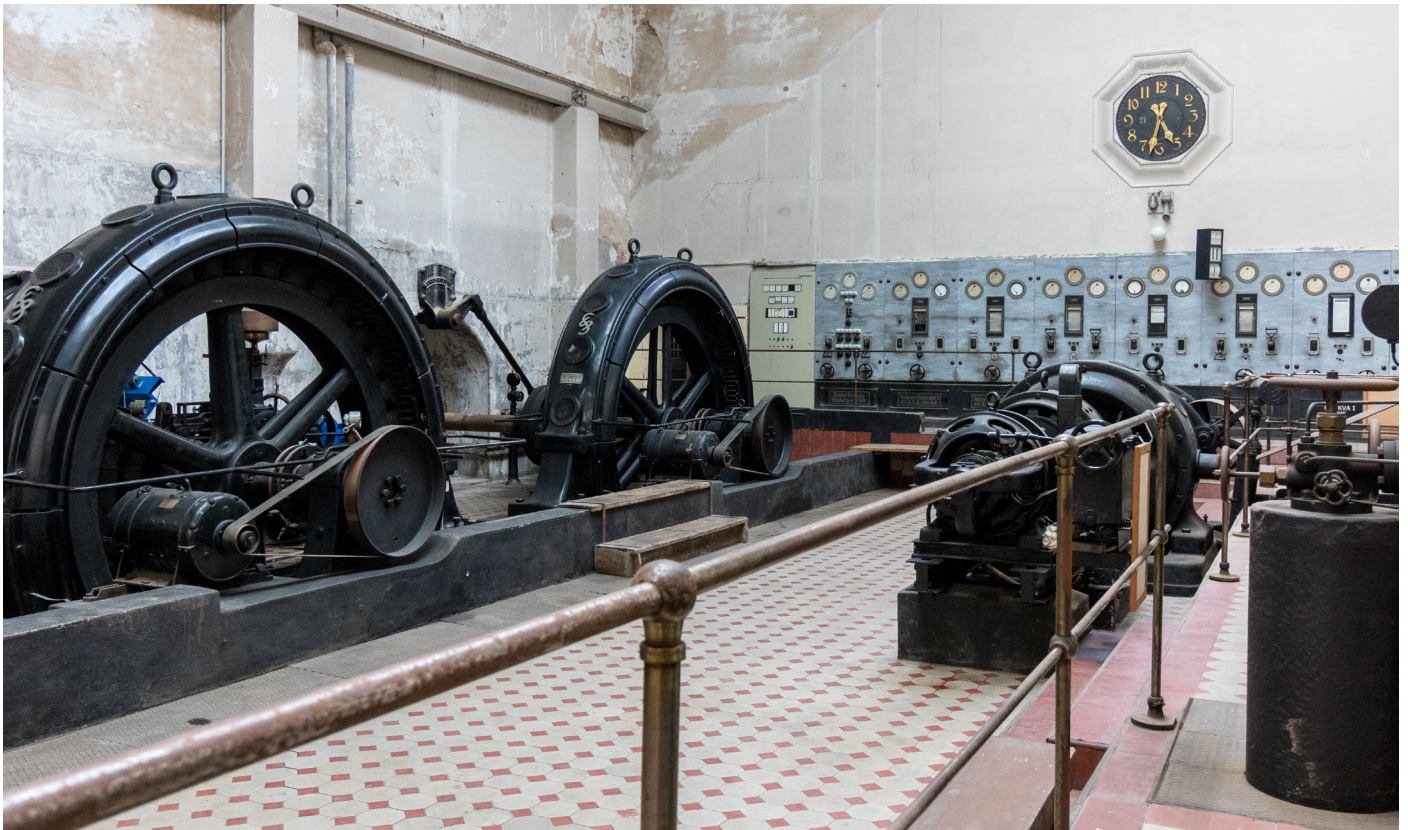
Am 25.11.2017 wurden die Handwerksmeister in Dresden geehrt. Bei seinem Grußwort „Stellung des deutschen Handwerks in Europa“ sprach sich Rolf-Dieter Krause (ehem. Leiter ARD-Studio Brüssel) für den Erhalt des Meisterbriefes aus. Die Qualität unserer Handwerker ist zugleich die Stärke unserer Wirtschaft. „Wie sollen wir global bestehen, wenn wir die Qualität nach unten korrigieren? Wenn wir Europa wollen, müssen wir Verständnis für die Fremdheit der einzelnen Länder gegeneinander akzeptieren.“

Für die AfD nahmen die Bundestagsabgeordneten Tino Chrupalla, Detlev Spangenberg, Karsten Hilse und Jens Maier, als Landtagsabgeordnete Mario Beger und Karin Wilke teil.



Foto: v. links: Mario Beger (MdL), Tino Chrupalla (MdB), Dr. Andreas Brzezinski (Handwerkskammer Dresden), Detlev Spangenberg (MdB), Karsten Hilse (MdB)

Siemens, Bombardier und Co.



Kaum ein Thema betrifft und beschäftigt unsere Region so sehr wie die Sorge um den Verlust von Arbeitsplätzen bei Siemens, Bombardier und jetzt auch noch bei Waggonbau Niesky.

Unsere Gespräche mit den Vorständen und Mitarbeitern dieser Unternehmen haben gezeigt, dass die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen einen erheblichen Beitrag dazu leisten, dass deutsche Unternehmen ins Straucheln geraten. Wenn wichtige Baukomponenten für Waggons aus Kostengründen nicht im eigenen Land produziert werden können, sondern – auch wenn sie minderwertig sind oder zu spät geliefert werden – aus China und der Türkei importiert werden müssen, dann ist wohl etwas faul am System. Als AfD im Bundestag wollen wir uns auch diesen großen Fragen widmen, und nicht nur an Symptomen herumdoktern: wie sähe ein vernünftiges Wirtschaftsmodell aus, das heimische Märkte ankurbelt, sozial ist, aber auch Wettbewerb und Innovation fördert?

Diese komplexen Fragen habe ich neulich auch in einer Diskussionsrunde erörtert, die in den Gebäuden des

Bundestags stattfand und live aufgezeichnet wurde. Es ging darin auch um die Ausbeutung der deutschen Mittelschicht durch Konzerne und die Politik. Ich war eingeladen worden, um die aktuellen Probleme der Handwerker zu schildern. Weitere Gäste in der Runde waren der Ökonom und Präsident des Mittelstandsinstituts Niedersachsen RA Prof. Dr. E. Hamer, der Unternehmer und ehem. Vorsitzende des Bundes der Steuerzahler Berlin e.V., Günter Brinker, und der Interimsmanager und Bundesvorsitzender des Mittelstandsforums, Hansjörg Müller (MdB). Wir versuchten, Ursachen und Wege aus dieser Situation der Ausbeutung aufzuzeigen.

Das Gespräch ist auf youtube zu finden: <http://y2u.be/hQMNjBX0Kik>

Siemens

Was Siemens umtreibt bleibt weiterhin ein großes Rätsel. In unserem Brief an den Vorstand, den wir vor Weihnachten verschickt haben, wollten wir von Herrn Kaeser wissen:

1. In der Weltöffentlichkeit präsentieren Sie sich bzw. Ihr Unternehmen als Leuchtturm in Sachen soziale Gerechtigkeit. Sie schätzen „Bodenständigkeit“, Ihre öffentlichen Auftritte in Deutschland und in Ihrem Herkunftsland Bayern signalisieren Traditionsbewusstsein und Heimatverbundenheit. Die AfD begrüßt eine solche Haltung bei deutschen Unternehmern. Wir würden gerne wissen: Wie gedenken Sie, den Menschen in den neuen Bundesländern Ihr Engagement für soziale Gerechtigkeit überzeugend zu vermitteln, wenn z.B. in Orten wie Görlitz die Arbeitslosigkeit bei einer Schließung auf 24% steigen wird?

2. Ist es richtig, dass Siemens Werke in Tschechien, Ungarn und Indien eröffnen bzw. ausbauen will? Wenn ja, in welchem Umfang und was soll dort produziert werden?

3. Wir von der AfD verstehen, dass Unternehmen der Logik der Märkte unterworfen sind, und sich den Trends der Zeit anpassen müssen. Als patriotische Partei möchten wir aber auch daran erinnern, dass der gute Ruf deutscher Fabrikate im Ausland nie aufgrund einer Anpassung an Trends entstanden ist, sondern aufgrund eines historisch tief verankerten Qualitätsbewusstseins und Fachwissens, das wir nicht zuletzt einer weltweit einmaligen, über Jahrhunderte gewachsenen Handwerkstradition und einer heimatverbundenen Unternehmertradition zu verdanken haben, die mit zunehmender Anpassung „globale Megatrends“ verloren zu gehen droht. Inwiefern berücksichtigen Ihre Entscheidungen diesen Sachverhalt?

4. Erhalten Sie Fördergelder für den Aufbau bzw. Ausbau Ihrer Werke in Osteuropa, wenn ja, in welcher Höhe?

5. Fühlen Sie sich in Ihren unternehmerischen Entscheidungen auch nationalen Interessen verpflichtet, oder lassen Sie sich von anderen Interessen leiten, die über deutschen nationalen Interessen (oder sogar deutschen Interessen entgegen) stehen?

In dem freundlichen Antwortbrief des Siemens-Vorstands vom 12. Januar 2018 wurde leider keine der Fragen beantwortet. Inzwischen war Herr Kaeser zu Besuch bei Trump, und es stellte sich heraus, dass Siemens nicht nur Stellen in Brünn schaffen will, sondern auch in den USA. Was sollen wir davon halten?

Diese und andere Themen, die unsere Region unmittelbar betreffen, haben wir am 10.3.2018 auf dem Görlitzer Marienplatz angesprochen. Außer mir waren Dr. Alexander Gauland, Andreas Kalbitz, Jörg Urban, Karsten Hilse und Sebastian Wippel vor Ort.

Bombardier

Eine ganze Region schaute in den letzten Wochen und Monaten nach Görlitz, wo sich aufgrund konzerninterner Entscheidungen bei Siemens und Bombardier dramatische Veränderungen für die Zukunft abzeichnen. Vor diesem Hintergrund fand ein nicht unbedingt typischer Betriebsbesuch bei Bombardier Anfang Februar statt. Die „AfD-Delegation“, welche aus Sebastian Wippel (MdL), Dr. Hans-Gerd Hübner (Fraktionsvorsitzender der AfD im Kreistag Görlitz), Sylvia Littke-Hennersdorf und mir bestand, wurde sehr offen und in einer konstruktiven Atmosphäre empfangen.

Mike Vetter (Standortleitung Werk Sachsen) und Carsten Liebig (Prokurist) schilderten sehr ausführlich die komplexen Herausforderungen, vor denen die Geschäftsführung und Mitarbeiter derzeit stehen. Die Vielfalt der Ursachen (von internen Entscheidungen innerhalb des Konzerns bis zur internationalen Marktsituation) für die schwierige Situation am Standort Görlitz wurde deutlich



gemacht. Demgegenüber stand das Ringen der beiden Manager um Lösungen für die Region. Und dies in der für den Standort Görlitz eigenen Verbundenheit der Belegschaft mit „ihrem“ Werk.

„Produktionsstandorte in Deutschland sichern!“, und zwar mit deutschen Firmen. Diese Forderung zog sich wie ein roter Faden durch alle Gespräche der letzten Wochen. Dafür mussten aber auch die teilweise absurden Ausschreibungsbedingungen für Kommunen kritisch geprüft und verändert werden. Aufgrund dieser Bedingungen musste nämlich die Stadt Leipzig ihre Straßenbahnen von einem polnischen Anbieter kaufen. Durch die geplante Verlagerung von Produktionsstandorten in „kostengünstigere“ Regionen in Europa und der damit oft verbundenen Strukturförderung der EU entstünden zunehmend außerhalb von Deutschland neue Werke (z. B. Bombardier Wroclaw), welche letztlich die Konkurrenz für die inländischen Standorte erhöhen. Das ist ein wesentliches Betätigungsfeld für uns als Politiker.



Mit viel Herzblut für den Standort Görlitz und für Doppelstockwagen wurden wir dann durch die Produktionshallen des Bombardierwerkes geführt. Schwer vorstellbar, dass hier ab Sommer 2018 keine komplette Fertigung von einzelnen Schienenfahrzeugen mehr stattfinden wird. Es war beeindruckend, den Weg von den einzelnen Bauteilen bis zum Testlauf der fertiggestellten Waggons zu beobachten. Umso unverständlicher erscheinen die geplanten Umstrukturierungsmaßnahmen.

Die wichtigste Erkenntnis aus diesem Besuch war: Der Standort Görlitz muss(!) unter allen Umständen mit seinen Mitarbeitern und deren Fähigkeiten und Fertigkeiten erhalten bleiben. Es gilt, eine vernünftige Lösung mit zukünftigen Eigentümern/Investoren zu finden. Dafür kämpfen die Verantwortlichen am

Standort Görlitz (gemeinsam mit der Belegschaft). Und wir als Vertreter der Alternative für Deutschland werden unseren Teil dazu beitragen.

Hintergrund zu Bombardier:

Bereits seit 1849 werden in Görlitz Schienenfahrzeuge für den nationalen und internationalen Markt hergestellt. Das Markenzeichen des Herstellers, heute firmierend unter der deutschen Tochter Bombardier Deutschland GmbH des kanadischen Unternehmens Bombardier AG, sind die Doppelstockwagen, die seit 1935 in Görlitz produziert werden.

Das Hauptaugenmerk bei der Fertigung und Konstruktion von Rollmaterial lag in der Vergangenheit ebenso auf Personenwagen wie auch auf Triebzügen und Güterwagen.

IG Metall

Die IG Metall erteilte mir eine Absage, als Redner an der Kundgebung „Demonstration zum Erhalt der Arbeitsplätze der Region“ auf dem Görlitzer Obermarkt teilzunehmen. Auch nach andauernder Kommunikation via Telefon und Email blieb Jan Otto, Regionalbevollmächtigter der IG Metall Ostsachsen bei seiner Entscheidung, mir einen Redebeitrag am Freitag, den 19.01.18, zu verwehren. Wir bedauerten dies sehr. Meine Wähler und Nichtwähler hätten sicherlich gerne gehört, welche Perspektiven wir auf den Strukturwandel der Region und hier insbesondere die drohenden Standortschließungen bei Siemens und möglicherweise auch Waggonbau Niesky anzubieten haben. Stattdessen sprach der sächsische Wirtschaftsminister Martin Dulig.

Das Redeverbot war aber noch nicht alles: die stellvertretende Vorsitzende des DGB Bezirk Sachsen, Anne Neuendorf, und Ralf Hron, der



Regionsgeschäftsführer der DGB Südwestsachsen,

forderten mich sogar auf, den Platz zu verlassen, da ich unerwünscht sei. Außerdem wurde alles getan, um die Sicht auf unsere Banner zu versperren – während



Eines unserer Banner

sich niemand am Banner der MLPD zu stören schien (Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands, die übrigens vom Verfassungsschutz beobachtet wird). So viel also zum Motto der Veranstaltung, „Gemeinsam für Görlitz“!

Strukturwandel Lausitz

Interview mit Tino Chrupalla im Lausitz Magazin:

Lausitz-Magazin (LM): Welche Lausitzer Themen bringen Sie in die kommende Legislatur ein?

Tino Chrupalla (TC): Die Debatte, insbesondere bei den laufenden Sondierungsgesprächen, zu den unterschiedlichen Energieträgern ist nach wie vor stark ideologie- und weniger sachbezogen und sollte zuerst in eine fundierte, kompetente, technisch-fachliche Auseinandersetzung überführt werden, welche dem komplexen Sachverhalt Rechnung trägt. Erst wenn aus fachlicher Sicht klar ist, wie auf Braunkohle zur Energieerzeugung ab einem gewissen Zeitpunkt verzichtet werden kann, sollte der Strukturwandel weiter vorangetrieben werden. Im Bundestag, sowie in dem entsprechenden Ausschuss (wenn gegründet) werde ich konstruktiv und lösungsorientiert mitarbeiten.

LM: Wie wollen Sie die Strukturentwicklung der Lausitz in Berlin befördern, was wird ihr erster Schritt sein?

TC: Das Revierkonzept halte ich für tragfähig und ausgewogen, da dieses gesellschaftliche, umwelttechnische und wirtschaftliche Gesichtspunkte berücksichtigt. Insbesondere wird den

aktuellen energiepolitischen Rahmenbedingungen und Unwägbarkeiten Rechnung getragen, indem die Entscheidung zu Welzow TAI auf 2020 verlegt ist. Die erforderliche Planungssicherheit für die Lausitz ist mit diesem Konzept gegeben.

LM: Dem Revierkonzept der LEAG steht aktuell eine AGORA-Studie entgegen, welchen der beiden Wege halten Sie für richtig?

TC: Die AGORA-Studie schlägt einen Strukturwandelfonds für die Lausitz vor, welcher auf vier Säulen beruht, bleibt aber trotz der Berücksichtigung und Aufzählung vieler Punkte zu unspezifisch.

Die vorgeschlagene Einrichtung eines Forschungsinstitutes (Fraunhofer oder Helmholtz) ist dabei sicher richtig.

LM: Die Wahlergebnisse in der Lausitz scheinen auch ein Resultat von Verunsicherung mit Blick auf anstehende Veränderungen – wie werden Sie dem Rechnung tragen?

TC: Die Bürger sind aktiv in Entscheidungsprozesse einzubeziehen, direkte Demokratie muss gestärkt werden. Im Parlament bedarf es wieder konstruktiver Debatten und vor allem nachvollziehbarer Lösungen der Regierung für unsere Bevölkerung.

Quelle: Lausitz-Magazin 4 (2017/2018), S. 32.

Wiederabdruck mit freundlicher Genehmigung der Redaktion

Schlesisch unerwünscht? Nicht bei uns



In Bezug auf die niederschlesische Oberlausitz sorgte eine missverständliche Äußerung der Kollegin Karin Wilke aus dem sächsischen Landtag für Irritationen. Es klang so, als würde sie das Anliegen einer Bürgerinitiative unterstützen, die die „Niederschlesische Oberlausitz“ gerne umbenennen möchte. Der Schlesische Heimatbund e.V. Niesky machte mich dankenswerterweise in seinem Schreiben darauf aufmerksam. Ich möchte hiermit noch einmal klarstellen, dass sich die AfD als patriotische Partei definitiv für den Erhalt der schlesischen kulturellen Identität einsetzt. Unsere Region sollte auf keinen Fall umbenannt werden. Es ist wichtig, dass uns der Begriff „Schlesien“ weiterhin erhalten bleibt, damit er auch für jüngere Generationen eine identitätsstiftende Wirkung entfalten kann, und damit die Verbindung zu einem bedeutsamen Kapitel deutscher Geschichte aufrechterhalten wird. Ich begrüße deshalb die Aktivitäten des Schlesischen Heimatbunds e.V. und dessen Einsatz für die Belange der Schlesier, denen ich mich nicht zuletzt aufgrund meiner eigenen Familiengeschichte verbunden fühle.

Zum Glück klärte sich der Sachverhalt schnell auf, Frau Wilke sieht die Sache genauso wie ich. Hier nochmal die Pressemitteilung im Wortlaut:

Niederschlesien erhalten - Historisches nicht einfach streichen!

Derzeit befasst sich der Sächsische Landtag mit der Zukunft der fünf sächsischen Kulturräume. Laut Sächsischer Zeitung wollen in diesem Zusammenhang mehrere Verbände in der Oberlausitz den Co-Titel Niederschlesien ablegen. Genannt wurden u.a. Marketing- und Abfallverband. Der Sprecher eines Bürgerforums wandte sich mit diesem Anliegen an die sächsische Staatsregierung und an Landtagabgeordnete. In einem SZ-Bericht zu diesem Thema wird die AfD-Abgeordnete Karin Wilke sinngemäß zitiert, sie spräche sich für die Tilgung Niederschlesiens aus dem Doppelnamen Oberlausitz-Niederschlesien aus.

Dazu erklärt Karin Wilke, kulturpolitische Sprecherin der AfD-Fraktion:

„Leider war meine Stellungnahme zu der Benennung des Kulturrums Oberlausitz-Niederschlesien missverständlich formuliert. Es ging und geht mir nur darum, die Befindlichkeiten der Oberlausitzer zu berücksichtigen. Was im Gegenzug aber nicht bedeutet, dass die Niederschlesier einfach gestrichen werden dürfen. Ob sich dies mit einem eigenen Kulturräum Niederschlesien realisieren lässt, ist eine komplexe Frage. Ich plädiere deshalb für ein sowohl als auch. Immer wenn eine Institution oder Veranstaltung in ihrer jeweiligen Heimat an die Öffentlichkeit tritt, sollte sie sich zu dem bekennen, was ihrem Selbstverständnis entspricht. Kultur ist Kultur und keine Markentechnik. Der Name Niederschlesien spielt eine wichtige Rolle zur Identitätsfindung der Bürger in dieser Region und muss darum erhalten bleiben! Wichtig ist, dass wir unsere historischen Wurzeln nicht einfach streichen. Das sind wir uns allen schuldig!“

Von 1919 bis 1938 und von 1941 bis 1945 war Niederschlesien eine eigenständige preußische Provinz mit der Hauptstadt Breslau. Die Provinz wurde 1919 durch Teilung Schlesiens gegründet. Die Verwendung des Landschaftsnamen Schlesien oder Niederschlesien für die Gebiete westlich der Lausitzer Neiße war bis 1989/1990 in der DDR offiziell nicht erwünscht. Ab 1968 untersagte die DDR-Führung der Landeskirche den Gebrauch des Begriffs.“

Die AfD-Fraktion in Berlin hat übrigens schon einige Wochen nach der Bundestagswahl eine „Gruppe für Heimatvertriebene, Aussiedler und deutsche Minderheiten im Ausland“ gegründet, in der ich

mich selbstverständlich auch engagiere. Ich habe die Kollegen in der Gruppe bereits auf die Agitation in unserem Wahlkreis aufmerksam gemacht, und wir werden dazu noch einmal auf Bundesebene Stellung nehmen. Übrigens: bei meiner ersten Rede im Bundestag am 21.11.2018 habe ich den Begriff „schlesisch“ ganz bewusst erwähnt, wenn auch nur beiläufig. Und auch in Zukunft werde ich es mir nicht nehmen lassen, Schlesien zur Sprache zu bringen.

Gedenkveranstaltung für die Opfer der Bombardierung Dresdens 1945

Im Namen der AfD-Fraktion im Bundestag legte ich am Abend des 13. Februar 2018 gemeinsam mit meinen Kollegen aus der Landesgruppe Sachsen - Siegbert Droese, Karsten Hilse und Jens Maier - einen Kranz auf dem Dresdner Altmarkt nieder. Die Schleifen der Kränze wurden von Unbekannten über Nacht abgeschnitten.

Die angloamerikanische Bombardierung schutzloser Flüchtlinge aus den Ostgebieten, darunter Frauen, Kinder und alte Menschen, gilt bis heute als eines der größten Kriegsverbrechen der Geschichte.



Rückkehr der Wölfe

In einzelnen Regionen Deutschlands ist in den vergangenen Jahren eine übermäßig zunehmende Ausbreitung des Wolfes zu beobachten. Allein im Freistaat Sachsen wurden im letzten Sichtungsjahr (01.05.2016 bis 30.04.2017) 14 Rudel und 4 Paare nachgewiesen. Isegrim legt zunehmend artfremdes Verhalten an den Tag. Er verliert die Scheu vor den Menschen und dringt immer häufiger in Siedlungsgebiete ein. Dadurch sind nicht nur Weidetiere in Gefahr, sondern auch Haustiere. Auch die Menschen sind zunehmend verunsichert. Viele besorgte Bürger haben sich deshalb bereits an die Wahlkreisbüros gewandt. Vereinzelt wurden Wölfe



direkt vor dem Gartenzaun gesichtet und in einem Fall wurde ein Hund von der Kette gebissen und getötet.

Am 31.01.2018 hat die Fraktion der AfD zum Herdenschutz und Schutz der Menschen im ländlichen Raum einen Antrag zur intelligenten Regulierung der Wolfspopulation in den Deutschen Bundestag eingebracht.

Darin wird die Bundesregierung u.a. aufgefordert, die bestehenden gesetzlichen Grundlagen zur Entnahme von Problemtieren und Wolfsmischlingen konsequent umzusetzen. Ferner sollen gesetzliche Grundlagen geschaffen werden, die auf Landesebene und Regionalebene spezifische Obergrenzen für Wolfspopulationsdichten festlegen. Nach Erreichen der Obergrenzen soll die Bejagung des Wolfes bis zur erneuten Einhaltung der Obergrenze erlaubt werden. Der Schutzstatus des Wolfes soll auf den Gemeinen Wolf unter Ausschluss von Hybriden, Mischlingen sowie anderen Wolfsrassen begrenzt sein. Den vollständigen Antrag finden Sie auf der Webseite des Deutschen Bundestages als Drucksache 19/594.

Zur Bestimmung der Populationsdichte melden Sie bitte alle Hinweise auf Wölfe an das LUPUS Institut für Wolfsmonitoring und -forschung in Deutschland.

Weitere Nachrichten

100 Tage Bundestag - Eine erste Bilanz

„100 Tage Bundestag - Eine erste Bilanz“: Mit diesem Motto startete im Januar 2018 meine Vortragsreihe zum aktuellen Geschehen in der AfD Bundestagsfraktion.

Ob in Görlitz, Zittau, Boxberg oder Weißwasser, überall erwarteten uns überfüllte Räumlichkeiten und ein hoch interessiertes Publikum. Dieses große Interesse an meiner bisherigen Arbeit nahm ich erfreut zur Kenntnis. Viele neue Gesichter aus den unterschiedlichsten politischen und gesellschaftlichen Spektren waren zu sehen. Von Politikverdrossenheit keine Spur.



Im ersten Teil meines Vortrags machte ich mit meinem Publikum einen virtuellen Rundgang durch die Gebäude und Räumlichkeiten des Deutschen Bundestages. Diesem folgte die Vorstellung der Fraktion und des Fraktionsvorstands. Spannend wurde es bei der Übersicht der bisher von der AfD Fraktion eingebrachten Anträge. Daraus ergab sich eine lebhafte Diskussion, die unter anderem folgende Fragen beinhaltete:

- Welche konzeptionellen Ansätze hat die AfD für Lösungen bei der Strukturkrise, wie wir sie derzeit zum Beispiel bei Siemens, Bombardier, Waggonbau Niesky, aber auch der LEAG sehen?
- Wie verliefen die ersten Gespräche bei Landrat, Bürgermeistern und Firmen?
- Welche Anträge wurden bisher im Deutschen Bundestag eingebracht?

Die Vortragsreihe war ein voller Erfolg: sie bot mir die Gelegenheit, meinen Wählern einen Einblick in meine Arbeit im Bundestag zu verschaffen, und im Gegenzug ein unmittelbares Feedback unserer Wählerschaft zu erhalten. Weitere Veranstaltungen dieser Art sind in Planung. Anregungen hierfür nehmen meine Mitarbeiter im Wahlkreis sehr gern entgegen. Die Kontaktdaten dafür finden Sie auf der letzten Seite.

Arbeitskreis Sport

Am 22.01.2018 erfolgte auf Einladung des sportpolitischen Sprechers der AfD-Bundestagsfraktion die 1. sportpolitische Konferenz der AfD-Frakturen in Berlin. Die Erfahrungsberichte aus den Bundesländern konstatierten unter anderem einen Sanierungsstau beim Erhalt von Sportstätten. Beklagt wurden außerdem die Vernachlässigung des Schwimmunterrichts und das



Fehlen von Trainern. Die ehrenamtlichen Mitglieder im Vereinssport sollen daher stärker gefördert werden. Die AfD will die Sportförderung von Bund und Ländern verbessern. Sowohl der Leistungs- als auch der Breitensport sollen in Deutschland stärker gefördert werden. Der Arbeitskreis Sport wird ein Grundsatzpapier mit dem sportpolitischen Programm der AfD erstellen und dieses den AfD-Frakturen der Länder zur Diskussion stellen.

Deutlich mehr Autodiebstähle: Nur Grenzkontrollen helfen!

Laut Polizeidirektion Görlitz haben in Ostsachsen die Autodiebstähle im Jahr 2017 wieder deutlich zugenommen. Bis Anfang Dezember wurden im Gebiet der Polizeidirektion Görlitz mehr als 400 Fahrzeuge gestohlen. Das sind über ein Viertel mehr als 2016, wo es ein kleines Zwischentief gab, das von CDU und SPD bereits vorschnell als große Wende gefeiert wurde.



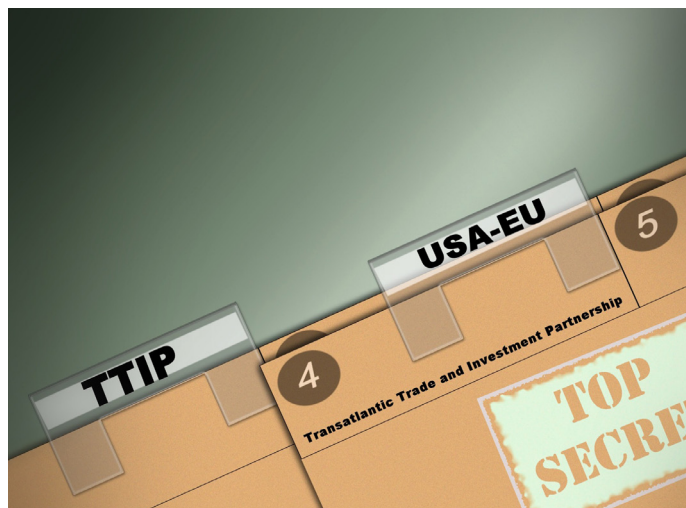
Polizeipräsident Torsten Schultze führt den erneuten Anstieg insbesondere auf die „kurzen Wege“ zur Grenze zurück. „Oft sind die Fahrzeuge schon über die Grenze, ehe der Diebstahl überhaupt erst bemerkt wird“, betonte er gegenüber der „Sächsischen Zeitung“. Zudem herrsche dringender Personalbedarf. Aus Sicht der AfD sollten deshalb sachsenweit mindestens 2.000 zusätzliche Polizisten eingestellt werden. Diese werden jedoch gerade gegen die Autodiebe in Ostsachsen auch nicht helfen, solange die Außengrenze zu Polen und Tschechien weiterhin ungeschützt bleibt.

Sebastian Wippel, Polizist und innenpolitischer Sprecher der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag, pocht daher auf Grenzkontrollen. „Man kann der Polizei nicht absprechen, intensiv zu ermitteln. Dennoch dauert es lange, bis man auf die Spur der professionellen Diebe kommt und ihrer habhaft wird. Gegen den Autoklau in der Region helfen eben nur Grenzkontrollen. Videotechnik hilft in der Sache wenig. Sie kann allenfalls unterstützen, aber Straftaten nicht verhindern“, so Wippel.

Das Problem der Autodiebstähle ist in Ostsachsen lange bekannt und hat sich seit der Grenzöffnung vor zehn Jahren enorm verstärkt. Bereits 2014 war Görlitz deutschlandweit die Hochburg der Autodiebe. Die Diebstähle lagen hier 507 Prozent über dem Bundesdurchschnitt. Über ein Viertel der ermittelten Tatverdächtigen sind nicht-deutscher Nationalität, die meisten Polen oder Tschechen.

Globalisierung und TTIP schön reden

Laut Jahreswirtschaftsbericht 2018 beabsichtigt die Bundesregierung die Wiederaufnahme der im Geheimen geführten Verhandlungen über das transatlantische Freihandelsabkommen TTIP, sowie den Abschluss weiterer Freihandelsabkommen. Sie hat dazu eine neue Strategie erdacht: in der öffentlichen Kommunikation sollen jetzt die Vorteile des internationalen Handels für die „Gesamtbevölkerung“ stärker betont werden. Interessant. Sollten die (durchaus Besorgnis erregenden) Nachteile den Bürgern nicht ebenfalls mitgeteilt werden? Eine einseitige Öffentlichkeitsarbeit, die darauf abzielt, die Bürger für eine Sache zu gewinnen, die ihren Interessen entgegenstehen, nenne ich Propaganda.



Wem nützt Freihandel? Vor allem international agierenden Multikonzernen. Zwar können auch die Verbraucher bisweilen von fallenden Preisen profitieren, aber Gefahren zu verschweigen ist verantwortungslos. So könnten z.B. hohe Standards bei der Qualität von Lebensmitteln sinken und Verbraucherrechte eingeschränkt werden.

Ferner führt Freihandel zu einer Verschärfung der Konkurrenzsituation durch den Druck ausländischer Firmen auf nationale Märkte sowie zur Gefährdung von Arbeitnehmerrechten und Arbeitsplätzen.

Durch Freihandelsabkommen kämen europäische Länder unter Druck, Hochrisiko-Technologien wie Fracking oder Gentechnik zuzulassen.

„Hammelsprung“

Am späten Abend des 18.01.2018 musste der Deutsche Bundestag eine Sitzung abbrechen, weil das Plenum wegen zu wenig anwesender Abgeordneter nicht beschlussfähig war. Die AfD-Fraktion hatte die Nachzählung der Stimmen durch den sogenannten „Hammelsprung“ beantragt. Dabei verlassen die Abgeordneten den Plenarsaal und betreten ihn durch eine jeweils gekennzeichnete Tür, und werden dabei gezählt. Dadurch wurde gegen 23:20 Uhr festgestellt, dass nur noch 312 von 709 Abgeordneten anwesend waren. Für eine Beschlussfähigkeit des Bundestages hätten aber mehr als die Hälfte seiner Mitglieder, also mindestens 355 Mitglieder, anwesend sein müssen. Da dies nicht der Fall war, musste die Sitzung abgebrochen werden.



Konkreter Anlass für diesen Antrag war, dass der Bundestag den AfD-Kandidaten Roman Reusch für das aus neun Abgeordneten bestehende Parlamentarische Kontrollgremium, das für den Verfassungsschutz und den Bundesnachrichtendienst zuständig ist, abgelehnt hatte. Zuvor war bereits der AfD-Abgeordnete Albrecht Glaser bei der Wahl zum Bundestagsvizepräsidenten von den Altparteien abgelehnt worden. Offensichtlich hat sich der „Hammelsprung“ ausgezahlt, denn im zweiten Wahlgang wurde Roman Reusch doch in das Parlamentarische Kontrollgremium gewählt.

AfD setzt erstes Zeichen in der Bundespolitik



Am 6. November 2017 brachte die AfD-Fraktion ihren Antrag (19/32) für ein Rückführungsabkommen mit Syrien in den Deutschen Bundestag ein. Darin wird die Bundesregierung aufgerufen, „mit der syrischen Regierung in Verhandlungen über ein Rückführungsabkommen betreffend die in Deutschland aufgenommenen schutzsuchenden Syrer“ einzutreten. Ziel ist, dass Rückkehrer in Syrien aufgenommen, in sicheren Gebieten untergebracht werden und ihre Versorgung gewährleistet wird.

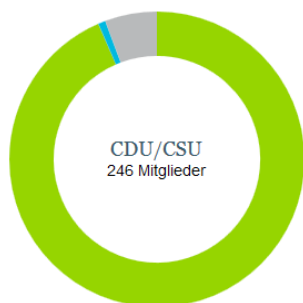
Von der Rückführung betroffen sein sollen „zunächst vorrangig arbeitsfähige Männer, deren eventuell in Deutschland befindlichen Familien – falls gewünscht – bis zur Konsolidierung der Lebensverhältnisse in Syrien weiterhin Aufenthalt in Deutschland gewährt werden soll“.

Schulpflichtige syrische Kinder sollen auf Ihre Rückkehr nach Syrien vorbereitet werden, indem ihnen in Deutschland syrischer Schulunterricht von Personen erteilt werden soll, „die sich entweder schon in Deutschland aufhalten oder die von der syrischen Regierung nach Deutschland gesandt werden“.

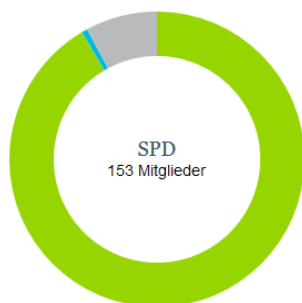
Erste große Leistung der noch nicht existierenden Bundesregierung: Diätenerhöhung

Anstatt sich um die Belange der Bürger zu kümmern erhöht man sich erstmal die Diäten: Auf Antrag der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP hat der Deutsche Bundestag am 13.12.2017 mit einer namentlichen Abstimmung die automatische Anpassung der Diäten beschlossen. Nur die AfD und Die Linke sowie jeweils ein einziger Abgeordneter der Grünen und der FDP haben dagegen gestimmt.

Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung finden Sie unter: [https:// www.bundestag.de/parlament/plenum/abstimmung/ abstimmung?id=495](https://www.bundestag.de/parlament/plenum/abstimmung/abstimmung?id=495)



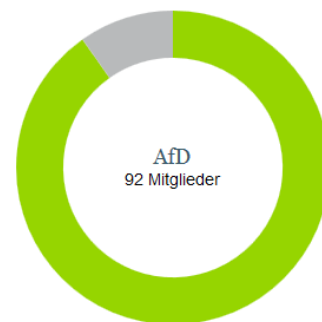
● 230 Ja
● 0 Nein
● 2 Enthalten
● 14 Nicht abg.



● 140 Ja
● 0 Nein
● 1 Enthalten
● 12 Nicht abg.

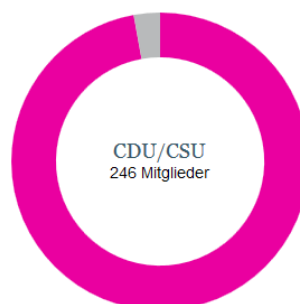
AfD-Antrag zum Familiennachzug

Die AfD hat einen Gesetzesentwurf zur Änderung des Aufenthaltsgesetzes in den Bundestag eingebracht, um den Familiennachzug sogenannter „subsidiär Schutzberechtigter“ zu verhindern. Die AfD plädierte darin für den völligen Wegfall des gesetzlichen Nachzugsanspruchs für Familienangehörige subsidiär Schutzberechtigter. Eine Familieneinheit könnte dann auf Wunsch im Herkunftsland oder in einem Drittstaat auf Dauer hergestellt werden - aber nicht in Deutschland.

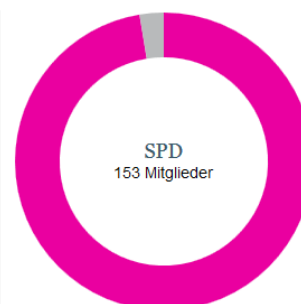


● 83 Ja
● 0 Nein
● 0 Enthalten
● 9 Nicht abg.

Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung finden Sie unter: <https://www.bundestag.de/parlament/plenum/abstimmung/abstimmung?id=501>



● 0 Ja
● 239 Nein
● 0 Enthalten
● 7 Nicht abg.



● 0 Ja
● 149 Nein
● 0 Enthalten
● 4 Nicht abg.

Bürgerbüros

Wahlkreisbüro Weißwasser

Muskauer Straße 73
02943 Weißwasser

Ansprechpartner:

Annegret Kuhnert
Tel.: 03576-2196700
Fax: 03576-2186679
Mail: tino.chrupalla.ma04@bundestag.de

Öffnungszeiten:

Montag 14:00 - 18:00 Uhr
Dienstag 09:00 - 15:00 Uhr
Mittwoch 09:00 - 12:00 Uhr
Donnerstag 09:00 - 12:00 Uhr

Wahlkreisbüro Löbau

Breitscheidstraße 42
02708 Löbau

Ansprechpartner:

Sylvia Littke-Hennersdorf
Tel.: 03585-4524124
Fax: 03585-4524123
Mail: tino.chrupalla.ma04@bundestag.de

Öffnungszeiten:

Montag 15:00 - 18:00 Uhr
Freitag 08:00 - 11:00 Uhr

Wahlkreisbüro Görlitz

Berliner Straße 51
02826 Görlitz

Ansprechpartner:

Ramona Poniatowski
Tel.: 03581-3222212
Mail: tino.chrupalla.wk@bundestag.de

Öffnungszeiten:

Dienstag 15:00 - 18:00 Uhr
Donnerstag 15:00 - 18:00 Uhr

Sprechstunden mit Tino Chrupalla

März

Fr. 09.03.18 15:00-18:00 Uhr
Wahlkreisbüro Weißwasser
Di. 27.03.18 16:00-18:00 Uhr
Stadtverwaltung Seifhennersdorf
Rathausplatz 1, 02782 Seifhennersdorf

April

Di. 10.04.18 15:00-18:00 Uhr
Wahlkreisbüro Görlitz
Fr. 13.04.18 15:00-18:00 Uhr
Wahlkreisbüro Weißwasser
Mo. 30.04.18 15:00-18:00 Uhr
Wahlkreisbüro Löbau

Mai

Di. 08.05.18 15:00-18:00 Uhr
Wahlkreisbüro Görlitz
Mo. 28.05.18 15:00-18:00 Uhr
Wahlkreisbüro Löbau
Di. 29.05.18 16:00-18:00 Uhr
Stadtverwaltung Seifhennersdorf
Rathausplatz 1, 02782 Seifhennersdorf

Juni

Fr. 01.06.18 15:00-18:00 Uhr
Wahlkreisbüro Weißwasser
Di. 19.06.18 15:00-18:00 Uhr
Wahlkreisbüro Görlitz

Impressum

NEUES aus BERLIN, Ausgabe 1, März 2018

V.i.S.d.P. / Herausgeber:

MdB Tino Chrupalla
stellv. Vorsitzender der AfD-Fraktion
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030-227 74435
Mail: presse@tinochrupalla.de

Bildnachweis:

S. 4, 6, 8 li, 12, 13: Pixabay; S. 5, 7, 8 re, 11, 13, 15:
Privat; Cover: AdobeStock-60257296; S. 2 Foto TC:
DBT Achim Melde; S. 3: AdobeStock-5453145 li,
AdobeStock-50263592 re; Grafiken S.15: DBT